

Kriminalpolitische Initiativen in der Arbeitsgemeinschaft Sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK)

Rolf Kaufeldt, Jörg Staiber

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK) ist eine bundesweit arbeitende Organisation, die Seminare und Publikationen für Gruppen und Einzelpersonen anbietet, die beruflich oder ehrenamtlich sozialpolitisch/-arbeiterisch aktiv sind. Die traditionellen Projektbereiche der AG SPAK (Strafvollzug/Fürsorgeerziehung, Obachlose, psychisch Kranke) sind Überbleibsel der Randgruppenstrategie, der Studentenbewegung. Zu einer Umorientierung von ehrenamtlicher Knastarbeit zu abolitionistischer Politik verhalf uns die norwegische KROM (Verein für Kriminalreform). Nach einer Informationsreise zu KROM konstituierte sich im Herbst 1980 der Kriminalpolitische Arbeitskreis (KRAK). Im KRAK soll ein Erfahrungsaustausch über Aktivitäten, die eine abolistische Perspektive haben, stattfinden.

Gruppen im Kriminalpolitischen Arbeitskreis

1. Aktion gesetzmäßiger Strafvollzug (AGSt)

Die Mitglieder der Gruppe sind zum größten Teil ausgebildete Berufstätige, z. B. Ärzte, Rechtsanwälte, Sozialarbeiter, Bürokräfte. Fast alle haben über lange Jahre Erfahrungen im Strafvollzug gesammelt, teils hauptamtlich, teils ehrenamtlich. *Im Rahmen der AGSt* wird keine Einzelfallhilfe und keine Gruppenarbeit im Knast angeboten, sondern ausschließlich Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer „pressure-group“ gemacht.

Die AGSt wurde Anfang 1979 von Mitgliedern vier anderer Organisationen gegründet: der Humanistischen Union (HU), der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise (AG SPAK), dem Arbeitskreis Soziales Training (AST), der Bür-

gerinitiative „Medizin im Strafvollzug“. Sie treten auch weiterhin als Unterstützerorganisationen auf und repräsentieren vier Prinzipien der Arbeit der AGSt: radikaldemokratische/rechtsstaatliche Kontrollfunktion, das Ernstnehmen von Gefangenen als politische Individuen, die Humanisierung des Strafvollzuges durch die Installation eines gesetzlich abgesicherten Behandlungsvollzuges und demaskierende Arbeit, die das Ziel verfolgt, die Legitimationsgrundlage für den Strafvollzug zu schmälern.

Die konkrete Arbeit der AGSt hat zwei Schwerpunkte: öffentliche Veranstaltungen und Veröffentlichungen. An öffentlichen Veranstaltungen wurden bisher organisiert: „Wer bricht Recht im Strafvollzug“ (Dezember 1979), „Ausländer im Strafvollzug und Strafverfahren“ (Juni 1980), „Kinder hinter Gittern“ (März 1981). Mit dem Schwerpunkt „Veröffentlichungen“ sind zwei Bereiche gemeint: Stellungnahmen in der Presse zu aktuellen Ereignissen, selbst herausgegebene Broschüren. Bisher sind dies: der Strafvollzugs-kompaß, eine Arbeitshilfe für alle mit dem StVollzG Beschäftigten; eine Dokumentation aus den Berichten der Vollzugsbeiräte der verschiedenen Knäste Berlins; der Verkauf dieser Broschüre wurde per Gerichtsentscheidung verhindert und eine Dokumentation zum Seminar „Ausländer im Strafvollzug und Strafverfahren“.

2. Arbeitsgruppe Knast/Justiz der Alternativen Liste Berlin
Die AG versuchte gemeinsam mit anderen Berliner Knastgruppen, eine Kampagne „Stop dem Knast-Neubau-Programm“ einzuleiten. Aktueller Anlaß waren die geplanten Neubauten einer Frauenhaftanstalt (320 Haftplätze, davon 30–60 im Hochsicherheitstrakt), einer Jugendhaftanstalt (300 Haftplätze) und eines weiteren Hauses in der JVA Tegel. Inhaltliche Grundlage dieser Kampagne sollte eine intensive kritische Auseinandersetzung mit dem Behandlungsvollzug sein, die in vielen Knastgruppen bisher nicht erfolgt war. Im April 1981 wurde zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Keine Knete für einen neuen Knast“ aufgerufen. Aus der geplanten Besetzung des Bauplatzes für die neue Jugendhaftanstalt wurde auf Grund einer 4–5fachen Polizeieinmischung nichts.

Wichtigster Erfolg dieses Anfangs einer Kampagne war, daß das Thema „Knast-Neubauten“ überhaupt wieder aktualisiert wurde. Nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin, bei der die AL neun Sitze erhielt und damit auch einen Vertreter im Justizausschuß hat, eröffnen sich neue Perspektiven. So ist z. B. ein erster Versuch, Informationen über die offizielle Justizpolitik in die Basisinitiativen zu tragen, ein regelmäßig tagendes „Knastforum“, das Einzelpersonen und Gruppen, die im Knast und gegen das Knastsystem arbeiten, ansprechen soll.

3. Knastgruppe Stammheim der Jungdemokraten
Auch hier wird versucht, durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Seminare die abolistische Politik zu verfolgen, d. h. zu allererst die anstehenden Knastneubauten zu verhindern. Dies geschieht auf dem parlamentsdemokratischen Weg — Kreistags-, Landtagsanfragen, organisationsinterne Beschlüsse, Presseerklärungen — nicht ohne Erfolg. Der Landesverband der Jungdemokraten forderte in Baden-Württemberg im April 1981“ einen sofortigen Planungs- und Baustopp für alle Vollzugsanstalten“, was auch in der Presse berichtet wurde.

4. Initiative für eine bessere Kriminalpolitik (IbK)
Über die IbK informiert der Bericht von Beate Kohl in diesem Heft.

5. Kontakte zu Gefangenenevereinen
Seit 1980 erproben aktive Gefangene ein neues politisches Handlungsmuster: Sie gründen eingetragene Vereine in den Knästen, über die sie versuchen ihre Rechte wahrzunehmen. Der KRAK bemüht sich um regelmäßige Kontakte zu den Vereinen, da hier möglicherweise der Beginn einer wichtigen knastpolitischen Entwicklung zu sehen ist.

Juli 1981

Rolf Kaufeldt, Knausstraße 2, 1000 Berlin 41
Jörg Staiber, Friesenstraße 13, 1000 Berlin 61